

## CH\_VB 94.3427 vom 6. Juni 1995

Bundesverwaltung, 1995-06-06, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_94.3427](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_94.3427)

FR: CH\_VB 94.3427 du 6 juin 1995

IT: CH\_VB 94.3427 del 6 giugno 1995

### Erwägungen

#### E. 6

Teilt der Bundesrat unsere Überzeugung, dass die politische Diskussion über die künftige Stromversorgung rechtzeitig vor dem Auslaufen des Moratoriums aufgenommen werden muss, weil die Bereitstellung von Versorgungsanlagen langfristige Entscheidungen erfordert? Wird beim Ausbleiben rechtzeitiger Entscheidungsgrundlagen unser Land für die langfristige Stromversorgung faktisch nicht zunehmend vom Stromimport abhängig?

#### E. 7

Bessere Rahmenbedingungen: Wir streben eine Verbesserung und eine Beschleunigung der Bewilligungsverfahren an. Die wichtigsten Elemente sind: 1. Projektkoordination der Entscheidungsverfahren; 2. Konfliktlösungsgruppen von «Energie 2000», Wasserkraft und Übertragungsleitungen. Wir versuchen es jeden Tag von neuem. Wir geben nicht auf. Wir sind Langläufer, ohne dass wir das Ziel bereits in Sicht haben. Aber wir kämpfen weiter; 3. die Teilrevision Atomgesetz im Bereich der Entsorgung; 4. die Revision des Raumplanungsgesetzes und der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung sollten eigentlich Verbesserungen bringen. Wir werden sehen; 5. die Anstrengungen der Kantone und der Gemeinden, beispielsweise mit grosszügigeren Bauvorschriften für Photovoltaikanlagen, aber nicht nur. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört auch die allgemeine Energiepolitik. Sie erleichtert die politische Akzeptanz für neue Kraftwerke, sofern sie glaubwürdig und wirksam ist. Ich war lang, ich weiss es, aber die Energiepolitik hat uns in letzter Zeit zuwenig beschäftigt. Sie wird uns in Zukunft sehr beschäftigen. Wer mehr weiss, kann besser verstehen. Cavadini Jean (L, NE): Je souhaite tout d'abord vous remercier, Monsieur le Conseiller fédéral, pour la réponse très circonstanciée et très complète que vous avez bien voulu apporter à mon interpellation. Je suis amené à faire tout de même quelques remarques: 1. La plus grande partie des réponses que vous avez faites s'inscrivent dans la perspective immédiate d'une révision de la loi sur l'énergie et, éventuellement, de l'introduction d'une taxe sur le CO<sub>2</sub>, qui s'avance ou se recule au gré des circonstances politiques. 2. Le Conseil fédéral constate clairement, vous l'avez dit, les besoins énergétiques. Il espère que les énergies renouvelables pourront y subvenir pour une part toujours croissante. Mais le calendrier plus précis que nous aurions souhaité doit tout de même être établi pour permettre de prendre les décisions nécessaires. 3. Le Conseil fédéral est en principe opposé aux importations de courant électrique, mais il s'y résigne quand même pour des raisons économiques et politiques. Je dirai que je suis partiellement satisfait de la réponse apportée par le Conseil fédéral, mais que de nombreuses remarques pourraient être faites. Néanmoins, la durée de ce débat m'incite à ne pas exagérer et à ne pas abuser de votre patience. Je m'en tiendrai à ces brèves remarques finales. Bühler Robert (R, LU): Eine so wichtige Frage darf nicht nur zwischen Interpellant und Bundesrat oder Departementsvortrager diskutiert werden. Ich beantrage Ihnen, dass wir Diskussion

beschliessen. Ob wir sie heute zu Ende führen, ist eine andere Frage. Eventuell könnte man sie an die Behandlung des Geschäftsberichtes EVED anschliessen. Ich beantrage Diskussion. Schmid Carlo (C, AI): Ich stelle den Antrag, keine Diskussion durchzuführen. Abstimmung - Vote Für den Antrag Bühler Robert Für den Antrag Schmid Carlo 15 Stimmen 1 Stimme Präsident: Nachdem die Diskussion am vorgeschlagenen Termin nicht möglich sein wird, müssen wir heute abend diskutieren. Huber Hans Jörg (C, AG): Ich danke Ihnen, dass Sie dem Antrag auf Diskussion zugestimmt haben. Ich danke Herrn Cavadini für die Einreichung, für die Begründung, und für die Kommentierung seiner Interpellation und für die Kommentierung der Antwort des Bundesrates. Wir sind als Aargauer interessiert zu hören, wie sich der Bundesrat die Energiepolitik der Zukunft vorstellt, und ich stelle fest, dass dazu einige Elemente geliefert wurden, die hilfreich sind. Es ist doch in der Tat so, dass die heutige Diskussion über die Energieversorgung in der Schweiz auf einen atypischen Zeitpunkt - aber nur prima vista auf einen atypischen Zeitpunkt - fällt. Zunächst funktionieren sowohl die Energieversorgung als Ganze als auch die Stromversorgung unseres Landes seit Jahren, ohne dass man Klagen hört. Ausserdem ist die Versorgungssicherheit heute weniger denn je ein Thema, da wir in Europa und auch in der Schweiz eine Stromschwemme, einen Stromüberfluss, erleben. Dafür sind - ich erinnere mich nostalgisch an die Diskussionen mit Frau Bühler zu diesem Thema - im Prinzip Elemente massgebend, die wie folgt zu charakterisieren sind: Der immer noch zaghafte Gang der Weltwirtschaft senkt generell den Strombedarf. Der Zusammenbruch der Wirtschaft in Osteuropa ist der Hauptgrund für den Elektrizitätsüberfluss auf dem europäischen Markt und - in Klammern sei es gesagt - damit auch für die Versuche der Liberalisierung, von der man sich meines Erachtens zuviel verspricht und deren Praktikabilität zumindest sehr klar hinterfragt werden muss. Die sehr gute Wasserführung hat der Schweiz Rekordproduktionen beschert, und die Kernkraftwerke, mit denen ich mich besonders verbunden fühle, produzieren zuverlässig und verzeichnen ebenfalls Rekordergebnisse. Für die Deckung des Elektrizitätsbedarfs besteht momentan keine Schwierigkeit. Aber - das ist meine Aussage, die ich weitergeben will - das wird nicht so bleiben! Am Horizont zeichnen sich - Sie haben das teilweise skizziert - dramatische Probleme ab, die nur zu lösen sind, wenn wir jetzt an die Arbeit gehen. Ich muss Ihnen sagen, dass ich in der Vergangenheit öfters ein Unbehagen empfunden habe, wenn die Energiepolitik in einer Art und Weise aus der Diskussion ausgeblendet wurde, wie das der Fall war. In welcher Situation stehen wir? Seit gut vier Jahren besteht das vom Souverän beschlossene Moratorium für neue Kernkraftwerke. Wir erreichen bald die Halbzeit der zehnjährigen Moratoriumszeit. Die Frage, was nach dem Moratorium kommt - ausgenommen sehr wahrscheinlich die von Ihnen erwähnte Initiative -, ist völlig offen. Konkrete, realistische Szenarien für die Zeit danach gibt es nicht. Das ist nicht verwunderlich, weil die weiterführende Diskussion erwartungsgemäss ausgeblieben ist.

6. Juni 1995 459 Interpellation Cavadini Jean Gegenwärtig decken wir unseren Strombedarf zu 62 Prozent aus Wasserkraftwerken, zu 36 Prozent aus Kernkraftwerken und zu 2 Prozent aus fossilthermischen Anlagen. Neben der Inlandstromproduktion spielen vertraglich vereinbarte Bezugsrechte für ausländischen Strom, hauptsächlich Nuklearstrom aus Frankreich, eine wachsende Rolle. Trotz etwas rückläufiger Inlandautonomie entspricht dieses System nach meiner Überzeugung dem Energieartikel der Bundesverfassung, der eine ausreichende, breitgefächerte, sichere, wirtschaftliche, umweltverträgliche Energieversorgung verlangt. Jetzt, in dieser Situation, stellt sich für die Politik - und das ist ein schwieriges Stück Arbeit, ich glaube, da sind wir uns einig - die Frage nach den

zukünftigen Faktoren der Energie- und Elektrizitätsversorgung. Voraussichtlich wird sich in den allernächsten Jahren an der komfortablen Situation wenig ändern, aber ich sage ausdrücklich: in den allernächsten Jahren. Hingegen eröffnet sich nach meinem Verständnis und nach meinen Kenntnissen der Zusammenhänge im Zeitraum von 2010 bis 2030 ein schroffes Dilemma zwischen dem Strombedarf dieses Landes, der Versorgungsautonomie, dem Betriebsende der heutigen Kernkraftwerke sowie dem gleichzeitigen Auslaufen der bestehenden Auslandsbezugsrechte. Der ersatzlose Wegfall der Kernkraftwerke und der Auslandsbezugsrechte innerhalb von nur zwanzig Jahren würde ein «grosses Loch» in die Versorgung des Wirtschaftsstandortes Schweiz mit Elektrizität reissen. Er führte zu massiven Versorgungslücken, unabhängig davon, ob der Strombedarf in Zukunft wächst, stabilisiert wird oder sogar abnimmt. Heute ist unbekannt, wodurch Kernkraftwerke nach Ablauf ihrer Funktionsdauer ersetzt werden können. Wie sie ersetzt werden könnten, ist durchaus klar. Es ist auch unbekannt, ob und in welchem Ausmass neue Stromimporte gesichert werden können, persönlich halte ich dafür, dass das in Zukunft eher weniger der Fall sein wird als heute. Klar ist damit, dass ab 2010 ein Strommanko vorprogrammiert ist, falls nichts dagegen unternommen wird. Wenn wir in dieser gefährlichen Situation weitere Verschlechterungen des Standortes Schweiz für die Wirtschaft vermeiden wollen, muss gehandelt werden. Ich präzisiere: Es muss rasch gehandelt werden. Gehen wir von einer vierzigjährigen technischen Lebensdauer für die Kernkraftwerke aus, dann müsste ein Ersatz für die ersten Kernkraftwerke ab dem Jahre 2010 produktionsbereit sein; die Planungs- und Bauzeit für ein neues Kernkraftwerk beträgt unter dem heute gültigen Regime nicht weniger als 16 bis 18 Jahre. Danach sind wir eigentlich schon zu spät dran. Dieser Feststellung kann nicht mit dem Hinweis auf ein übergrosses Sparpotential begegnet werden, denn so übergross ist dieses Sparpotential nicht, das Substitutionspotential durch die Photovoltaik ebenfalls nicht, obwohl die Energiewirtschaft nichts dagegen einzuwenden hätte, dass die Kostenfaktoren einmal gegenseitig analysiert würden. Aus all diesen Überlegungen stelle ich fest: Die Frage, in welchem Umfang die auslaufenden Bezugsrechte für Importstrom durch neue Verträge abgelöst werden, ist offen; eine CO<sub>2</sub>-freie Stromversorgung ist nur mit Hilfe der Kernenergie möglich; die Kernenergie-technik kann aufgrund der Forschung von ihrem heutigen hohen technologischen Niveau aus auch in der Schweiz technisch und sicherheitstechnisch weiterentwickelt werden. Ich muss Ihnen sagen: Wir in unserem Kanton, aber auch in unserer Branche sind nicht bereit, volkswirtschaftliche Fehlinvestitionen zu tätigen, indem Investoren investieren und dann die Investitionen nicht benützen und nutzen können. Daraus ergibt sich: 1. Wir setzen uns dafür ein, dass die Optionen für die Schweizer Stromversorgung offengehalten werden, auch die Option Kernenergie. Wir sind davon überzeugt, dass ohne Kernenergie eine qualifizierte Energieversorgung in Zukunft nicht möglich ist. 2. Wir halten eine Verkürzung des Bewilligungsverfahrens unter Aufrechterhaltung der Qualität für dringend nötig. 3. Wir votieren für eine Weiterführung der kerntechnischen Forschung und Entwicklung auch in der Schweiz. 4. Wir meinen, dass staatlich konzessionierte Medien jene, die ihnen den Strom für ihre Apparaturen liefern, nicht als Ausgeburt des Bösen darzustellen haben. Ich möchte daher die Antwort des Bundesrates so qualifizieren: Sie vermittelt interessante Ideen; sie verrät eine Fülle von Intentionen; sie zeigt den Realisierungswillen in ausgesprochener Art und Weise. Aber sie vermittelt mir den Eindruck, dass heute noch keine Prioritäten im Spannungsfeld zwischen der Intakthaltung des Wirtschaftsstandortes Schweiz, der Versorgungsautonomie und der Ziele der CO<sub>2</sub>-Politik gesetzt wurden, um die Bedeutung der auch im Urteil der Regierung

einzigsten drei quantitativ realistischen Optionen zum Schliessen der Versorgungslücken - nämlich des Imports, der fossilthermischen Stromerzeugnisse oder der Kernkraftwerke - politisch zu präzisieren. Aus den Fragen, die Ihnen gestellt wurden, aber auch aus Ihren Auskünften lässt sich schliessen - und das ist auch unsere Meinung -, dass uns allen noch ein grosses Stück Arbeit bevorsteht. Bühler Robert (R, LU): Der Interpellant und der Bundesrat, aber auch die Elektrizitätswirtschaft sind sich darin einig, dass in etwa zwanzig Jahren eine Lücke in der Elektrizitätsversorgung bestehen wird. Sie sind sich einig, dass fossile Energieträger aus Umweltschutzgründen bzw. klimatischen Gründen wesentlich abgebaut werden müssen. Sie sind sich einig, dass mit Sparen und Alternativenergien die Lücke nicht geschlossen werden kann. Sie sind sich einig, dass es bezüglich Einstellung zur Kernenergie heuchlerisch wäre, Kernenergie bei uns zu verbieten und immer grössere Mengen Energie aus Kernkraftwerken von Nachbarstaaten zu beziehen. Was ist aber nun die genaue Haltung des Bundesrates in Bezug auf die Kernkraftwerke in der Schweiz? Ist er für die Erneuerung der Werke? Steht er für neue Kernkraftwerke ein? Mir scheint, dass wir für die nächsten 50 Jahre, wahrscheinlich weit darüber hinaus, nicht auf Kernkraftwerke verzichten können. Welche Strategie hat sich der Bundesrat für die Zeit nach Ablauf des Moratoriums zurechtgelegt? Er muss diese Strategie heute kennen, will er nicht ins Abseits geraten. Hat der Bundesrat eine Informationsstrategie vorbereitet, um dem Volk die Wahrheit über die Elektrizitätsversorgung der Jahre 2015 und folgende und die Wahrheit über die damit verbundene Kernenergie zu sagen? Für Akzeptanz muss Entscheidendes getan werden, je früher, desto besser. Die Initiative muss bei Bundesrat und Elektrizitätswirtschaft sein und bleiben. Die Gegner der Kernenergie und Befürworter eines weiteren Moratoriums haben sich bereits gemeldet. Die Zeit drängt, will man die Initiative und die Handlungsfähigkeit nicht verlieren. Rhyner Kaspar (R, GL): Ich bin froh um die Interpellation von Kollege Cavadini Jean und auch froh darüber, dass man Diskussion beschlossen hat. Wir wiegen uns gegenwärtig in relativer Sicherheit, was die Energieversorgung anbetrifft. Nach der Abstimmung über ein Moratorium - «Kernenergie ja, aber nicht jetzt» oder mindestens: «Kernenergie nicht nein» - hat man dann auch den sogenannten Energiefrieden eingeleitet. Bis heute ist es auf diesem Sektor ruhig geblieben, und ich würde jedes Wort unterschreiben, Herr Kollege Huber, das Sie zur gegenwärtigen Energieversorgung gesagt haben: Vor allem ist es ruhig geblieben, weil zurzeit genügend Energie vorhanden ist. Wichtig ist - ich möchte betonen, was Sie bereits gesagt haben -, dass das nicht lange so dauern wird. Die gegenwärtige Situation haben wir insbesondere - ich brauche diesen Satz - «dem Zusammenbruch der Wirtschaft in der Sowjetunion zu verdanken» und auch dem ausgezeichneten Verbundnetz in Europa, wie es Herr Bundesrat Ogi erwähnt hat. Der Grund, warum ich aber das Wort zu ergreifen gewünscht habe, sind einige Ausführungen von Herrn Bundesrat Ogi. Ich danke sehr dafür. Alles ist richtig, was Sie gesagt haben, aber es muss in gewissen Bereichen ergänzt werden. Es ist, wie ich das sehe, sicher ein Zeichen der Zeit, fast ein Gebot der Stunde, dass wir uns mit der Öffnung des Energiemark-

Interpellation Cavadini Jean 460 6 juin 1995 tes - ich denke an die elektrische Energie - im europäischen Bereich beschäftigen. Aber - gleich kommt das grosse Aber - dies gilt im direkten Zusammenhang mit dem Preisgebaren. Bis heute - und ich hoffe, das wird so bleiben - haben alle Grossverteiler in der Schweiz die Versorgungspflicht. Irrendwann werden wir zu wählen haben, ob wir uns für die totale Öffnung hin zu «Energie Europa» entscheiden und das Prinzip der Versorgungspflicht aufgeben wollen. Beides zusammen, einerseits totale Öffnung, freie Preise in alle Richtungen, freier Markt und andererseits

eine hundertprozentig sichere Energieversorgung, wie wir sie bis heute kennen und von der wir gerne Gebrauch machen, ist nicht miteinander vereinbar. Das ist meine Überzeugung. Dem zweiten Punkt, den Sie hier erwähnt haben, möchte ich aufgrund eigener Erfahrungen etwas beifügen. Sie haben erwähnt, dass mit «Energie 2000» der privaten Wirtschaft und der privaten Initiative ein Forum gegeben worden sei. Die Wirtschaft habe es aber nicht genutzt. Das einzige, was an dieser Feststellung stimmt, ist, dass dieses Forum geschaffen wurde! Ein Stück weit stimmt es zwar auch, dass es von der Wirtschaft nicht genutzt wurde. Aber jetzt sage ich Ihnen auch weshalb, und das weiss ich aus eigener Erfahrung - im Zusammenhang mit mehreren Projekten, bestehende Werke auszubauen oder solche neu zu bauen -; dass es nicht genutzt wurde, daran ist unsere eigene Gesetzgebung - da sage ich auch nichts Neues, ich wiederhole das für Sie - schuld: die Naturschutz-, die Moorschutz-, die Gewässer-, die Fischerei-, die Raumplanungsgesetzgebung und dann vor allem das Umweltschutzgesetz, verbunden mit den UVB und UVP. Aus dem Bundeshaus, das muss ich hier offen sagen, und von den Verwaltungen in Bern, ich meine nicht das Bundesamt für Energie, kommt laufend nichts Gutes, nichts Förderliches. Die Verzögerungen, das behaupte ich, sind von der eidgenössischen Verwaltung so programmiert, dass es den bauwilligen Initianten verleidet und sie sich vorteilhafter auf die internationalen Märkte begeben. Das ist Tatsache. Wenn Sie es wünschen, nenne ich drei oder vier baureife Projekte, die einzig und allein dieser Gesetze wegen, die wir selber gemacht haben - das ist offenbar der Volkswille, und da darf man nicht die Wirtschaft dafür verantwortlich machen -, nicht realisiert werden. Etwas, was nach meiner Auffassung ganz wichtig ist: In Bezug auf die Sicherstellung der künftigen Elektrizitätsversorgung unseres Landes spielt es überhaupt keine Rolle, ob die Ziele von «Energie 2000» erreicht werden oder nicht. Die richtige Schlussfolgerung aus den Darlegungen des Bundesrates kann nur lauten: Wir wollen weiterhin erneuerbare Energien fördern, aber für die nächsten Jahrzehnte sind von ihnen keine «Quantensprünge» zu erwarten. Ein besonderer Aspekt der erneuerbaren Energien ist in der Antwort nämlich nicht beleuchtet worden: Sonnen- und Windenergie und auch Photovoltaik sind nicht in der Lage, eine kontinuierliche Energieversorgung zu gewährleisten. Eine andere Energieversorgung ist deshalb aus Gründen der technischen Machbarkeit erst, wenn überhaupt, nach mehreren Jahrzehnten möglich. Das müssen Sie sich merken. Strom aus Sonnenenergie kostet z. B. ungefähr zwischen Fr. 1.50 und Fr. 3.- pro Kilowattstunde, ist also viel zu teuer. Auch das wird sich in den nächsten Jahrzehnten nicht ändern. Man müsste sich heute auch noch über die Frage des Rendements unserer Investitionen vermehrt Gedanken machen. Mit dem gleichen Geld, das wir in Alternativenenergien stecken - das würde ich der Forschung überlassen -, könnten z. B. durch den Einsatz sparsamerer Geräte oder durch bauliche Massnahmen wesentlich höhere Energiespareffekte erzielt werden. Schlussfolgerung: Die Schweiz wird noch mehrere Jahrzehnte auf konventionelle Energieträger angewiesen sein. Demzufolge müssen die wegfallenden Energieversorgungskapazitäten durch Ersatzanlagen abgelöst werden. Wir müssen uns zur Kernenergie bekennen, davon bin ich überzeugt. Die Akzeptanz ist - mindestens im Verhalten - doch vorhanden! Wir konsumieren täglich - ohne zu klagen - 36 Prozent unserer Energie aus Kernkraftwerken, also muss die Akzeptanz doch vorhanden sein, mindestens im Verhalten. Politisch müssen wir sie noch schaffen, wir werden nicht darum herumkommen. Petitpierre Gilles (R, GE): Quand on entend ce débat, on se dit que c'est le changement dans la continuité ou la continuité dans le changement; je ne sais pas exactement. On entend, comme il y a déjà dix ou quinze ans, que nous allons avoir une lacune: il y aura une lacune. Nous entendons

que l'autonomie de la Suisse est absolument indispensable, mais qu'il faut libéraliser. Or, nous n'entendons pas de quelle façon il faut faire fonctionner ensemble l'idée d'autonomie d'approvisionnement et la libéralisation, qui me paraissent difficilement compatibles. On nous annonce qu'il faut prendre des mesures vigoureuses; or, nous ne le pouvons pas. En vérité, Monsieur le Conseiller fédéral, je ne fais aucun reproche au Conseil fédéral, la situation politique est telle qu'il est difficile de prendre des mesures vigoureuses. Nous vivons encore dans l'idée, qui n'est plus répétée expressément, mais c'est la théorie qu'on entendait il y a une quinzaine d'années, que le passage, en matière nucléaire, par la fission était un passage provisoire. Il reste un passage provisoire, mais, encore une fois, pour citer un autre adage «il n'y a que le provisoire qui dure». On annonce la fusion, et tout ça continue, continue, continue, depuis une quinzaine ou une vingtaine d'années. Après avoir entendu M. Rhyner, je ne suis évidemment pas prêt - et je suis convaincu que nous sommes nombreux dans cette situation - à accepter qu'on réforme fondamentalement notre droit de l'aménagement et notre droit de la protection de l'environnement, qu'on modifie fondamentalement les règles sur la protection des eaux ou les droits de pêche, etc. On ne peut quand même pas tout sacrifier à la production d'électricité, même si c'est un point extrêmement important. Monsieur le Conseiller fédéral, je ne veux pas vous surprendre avec ma demande, mais je poserai encore cette session une question précise pour voir si, en matière de production d'électricité, il ne faut pas se soucier d'autres modes de production que les énergies dites renouvelables, ou que la fission classique telle qu'on la pratique, avec tous ses inconvénients - la question des déchets restant, quoi qu'on puisse en dire, un problème grave qui, comme les autres d'ailleurs, continue à se poser et à ne pas être résolu. Cette méthode est celle que préconise le Prix Nobel Carlo Rubbia. C'est celle d'un réacteur au thorium. C'est un réacteur qui a l'avantage de produire beaucoup moins de déchets, et dans des conditions qui ont beaucoup moins d'effets secondaires que la classique fission sur laquelle nous faisons actuellement reposer notre approvisionnement. Est-ce qu'il est question d'envisager de favoriser la recherche et le développement autour de cette idée de M. Rubbia du réacteur au thorium? Est-ce que, dans ce contexte, il est question aussi d'organiser une collaboration internationale, ce qui a été fait autour du projet Ariane, par exemple, une collaboration des pays bien équipés et des pays européens? Est-ce qu'on ne pourrait pas essayer de susciter, autour de cette recherche et de ce développement sur le réacteur au thorium, des concours de ce genre, avoir une véritable collaboration internationale pour faire avancer les choses aussi vite que possible? Pourquoi est-ce que je dis cela maintenant? C'est d'abord pour montrer la stabilité du débat et la stabilité des problèmes, plutôt que la découverte de solutions. C'est aussi parce que j'aimerais qu'on avance dans ce débat en tenant compte des arguments des producteurs classiques d'électricité, qui disent que l'on ne peut pas s'en remettre aux énergies renouvelables, et ils ont probablement raison, et puis qu'on tienne compte quand même des arguments sérieux des adversaires de la fission classique, dont on ne tient toujours pas suffisamment compte, notamment quant au problème des déchets. Il me semble qu'il y aurait là une voie à tenter et, Monsieur le Conseiller fédéral, je voulais simplement annoncer que je vous demanderai de vous exprimer là-dessus, avec la préparation nécessaire naturellement, dans quelque temps.

6. Juni 1995 461 Interpellation Cavadini Jean Brandii Christoffel (V, GR): Ich kann viel von dem Gesagten unterstützen. Ich wiederhole es nicht, aber ich möchte Herrn Bundesrat Ogi für das danken, was er bezüglich Verfahren und Deregulierung in diesem Bereich gesagt hat. Es ist in der Tat so, dass wir auch bei der Wasserkraft darauf angewiesen sind,

mit günstigem Aufwand produzieren zu können, und da meine ich, dass die Wasserkraft auch in Zukunft vielleicht nicht den wichtigsten, aber doch einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung leisten kann. Sie wissen, dass wir in letzter Zeit bei der Erneuerung und auch beim Neuausbau selbst umweltverträglicher Wasserkraftprojekte, selbst vom Bundesgericht abgesegneter Projekte, von diesen Vereinfachungen und Deregulierungen nicht von Ihrem Departement - sehr wenig gespürt haben, dass wir, im Gegenteil, eher Erschwernisse in den Weg gelegt bekommen haben. Bei Ihren Ausführungen ist bei mir eine gewisse Verunsicherung aufgetreten. Ich gehe davon aus, dass Ihre Antwort eine Antwort des Gesamtbundesrates ist: dass alle Departemente in diese Richtung mithelfen und dass Departemente, die bisher hie und da in der Energiepolitik anders agierten, auch mitziehen und die Kantone und Gemeinden unterstützen werden, wenn es darum geht, Kraftwerke zu erneuern oder neue Kraftwerke zu bauen. Sie haben vorhin den Curciosa-Entscheid der Regierung von heute morgen zitiert. Ich möchte auch zuhänden Ihrer Kollegen deutlich sagen: Wir erwarten in Graubünden, dass jetzt im Bereich Curciosa der Tatbeweis erbracht wird, weil wir in Graubünden bereit sind, in der Produktion einen Beitrag zu leisten. Es geht in unserer Region vor allem auch darum, Arbeitsplätze für die Bevölkerung zu sichern. Also: Nochmals herzlichen Dank für die in Aussicht gestellte Unterstützung bei der Vereinfachung von Verfahren und einer Deregulierung.

Frick Bruno (C, SZ): In der Diskussion trat - je länger sie dauerte - ein Gegensatz zwischen der Kernenergie und den erneuerbaren Energien hervor. Besonders deutlich wurde dies bei Kollege Rhyner. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, meint er, man würde besser auf die Entwicklung der erneuerbaren Energien vorderhand verzichten, weil beispielsweise Photovoltaikstrom heute viel zu teuer sei. Ich möchte meine Interessenbindung kurz darlegen. Ich gehöre wie einige Vorredner dem Vorstand des Energieforums Schweiz an, ich bin aber gleichzeitig Präsident von Swissolar, der Interessengemeinschaft für die Förderung der Sonnenenergie, in der sich Hersteller, Gewerbe und Entwickler zusammengeschlossen haben. Die Proportionen wurden richtig dargestellt, und ich bin ebenfalls überzeugt, dass wir die Augen vor der Realität verschliessen würden, wenn wir glaubten, bis ins Jahr 2020 auf die Kernenergie verzichten zu können. Ich bin auch dankbar, dass mit dieser Interpellation die Diskussion über die Weiterführung nach dem Moratorium anlaufen kann, denn ein Moratorium soll Pause zum Denken, nicht Pause im Denken sein. Zum Widerspruch zwischen der erneuerbaren und der traditionellen Energie möchte ich doch einen anderen Akzent setzen, als dies vorher getan wurde. Zum Sprachlichen: Ich möchte doch festhalten, dass Sie von erneuerbaren Energien und nicht von alternativen Energien sprechen sollten, denn es sind Ergänzungen zu den herkömmlichen Energien, nicht Alternativen. Den Stellenwert der erneuerbaren Energien dürfen wir kurzfristig nicht überschätzen, langfristig aber nicht unterschätzen. Denn in dreissig bis vierzig Jahren haben wir nur noch die Wahl zwischen Wasserkraft, Atomkraft und den erneuerbaren Energien. Das werden die Hauptlieferanten sein, weil dannzumal - davon bin ich überzeugt - die fossile Energie ein Luxusartikel sein wird, der nur noch in Teilmengen vorhanden ist. Was die erneuerbaren Energien betrifft, möchte ich klar sagen: Sie sind Partner der herkömmlichen Energien, auch Partner des Atomstroms. Es sind keine Gegensätze, sondern ein Element in der künftigen Stromversorgung. Was Wärmepumpen und Holz betrifft, haben wir bereits sehr grosse Fortschritte erzielt. Die Ziele von «Energie 2000» können gut erreicht werden. Auch die Wärmegewinnung aus Sonnenenergie - die Solarthermik - läuft sehr gut an und macht gute Fortschritte. Diese erneuerbaren Energien, Wärmepumpen, Holz und Solarthermik, sind nahe daran, bereits wettbewerbsfähig zu sein.

Selbstverständlich ist die Photovoltaik heute noch nicht wettbewerbsfähig. Strom von Solarzellen kostet heute Fr. 1.50 bis Fr. 2.- pro Kilowattstunde. Ich möchte aber in Erinnerung rufen, was Strom vor achtzig, neunzig Jahren kostete. Ich habe die gründliche Rechnung gemacht: Mit Teuerung und Kaufkraft auf die heutigen Werte umgerechnet hat er ebenfalls Fr. 2.- pro Kilowattstunde gekostet. Der herkömmliche Strom aus Wasserkraft hat einige Jahrzehnte gebraucht, bis er auf die heutigen günstigen Preise herunterkam und voll wettbewerbsfähig war. Bei den erneuerbaren Energien wird es genau dasselbe sein. Sie brauchen eine Entwicklung. Sie brauchen Jahrzehnte, bis sie wettbewerbsfähig sind und ihren Platz einnehmen können. Darum wäre es falsch, heute zu sagen: Wir fördern keine erneuerbaren Energien, weil sie noch zu teuer sind gegenüber den zu billigen - insbesondere gegenüber den fossilen - Energien. Ich bitte Sie, in diesem Saal den Akzent so zu setzen, dass die erneuerbaren Energien weiterhin durch den Bund gefördert werden. Sie brauchen Jahrzehnte, um wettbewerbsfähig zu werden. Wenn wir heute den Anschluss verpassen, haben wir ihn nicht, wenn wir ihn unbedingt brauchen. Ich erinnere daran, dass das fortschrittliche Gewerbe nicht nur sehr auf erneuerbare Energien setzt, weil sie eine wirtschaftliche Energieversorgungschance der Zukunft sind, sondern auch, weil das fortschrittliche Gewerbe weiss, dass die erneuerbaren Energien eine wirtschaftliche Chance der Schweiz sind. Wir sind heute bei den erneuerbaren Energien weltweit führend. Wenn wir auf ihre Förderung verzichten, büssen wir unsere gute Marktstellung ein, und das ist auch nicht im Interesse der gesamten Wirtschaft. Darum bitte ich, die erneuerbaren Energien weiterhin mindestens im heutigen Ausmass zu unterstützen. Das sind Investitionen, die sich längerfristig auszahlen. Denn in der Energiepolitik sollten Überlegungen nicht nur auf die nächste Legislaturperiode, sondern, wie es richtigerweise gemacht wurde, auf die nächsten Jahrzehnte hinaus angestellt werden.

Salvioni Sergio (R, TI): J'ai voté pour la discussion, car M. Bühler Robert avait proposé qu'elle ait lieu un autre jour. J'espérais que cette discussion se tienne devant une salle un peu moins vide que celle-ci - le nombre de députés est bien au-dessous du quorum -, devant une salle attentive et pleine. C'est un débat extrêmement important et c'est la raison pour laquelle j'ai voté pour la discussion. Malheureusement, il n'a pas été possible de la renvoyer et le débat a lieu dans des conditions déplorables. A part cela, Monsieur le Conseiller fédéral, j'ai beaucoup apprécié votre réponse extrêmement équilibrée et qui tient compte de la complexité du problème. Le débat a eu une dérive qui a fait naître en moi un sentiment de déjà-vu, car j'ai déjà assisté et participé à de tels débats à l'arme blanche, avec des arguments échangés de part et d'autre. Je pensais que ces débats étaient révolus et que de nouvelles propositions et des solutions un peu différentes seraient présentées. Malheureusement, on en est toujours là et je ne peux que le regretter. Je dois dire qu'on fait tort à la complexité du problème quand on développe des interventions de ce type. Il est évident que l'énergie est un gros problème, mais la santé aussi. Je dirais même que la survie est un problème. Il est évident que le CO2 représente une menace à laquelle nous devons essayer de remédier d'une façon ou d'une autre. La température de la planète monte lentement et cela ne préoccupe pas seulement les hommes de science. Il faut donc y remédier. Une partie de ceux qui sont intervenus ici ont parlé du nucléaire en général. Or, le nucléaire apporte plusieurs solutions possibles. Presque tout le monde est d'accord maintenant sur le fait que la solution traditionnelle a atteint un degré

Interpellation Cavadini Jean 462 6 juin 1995 de sécurité assez remarquable, il faut bien le dire, mais, lors d'un accident - on l'a vu pour Tchernobyl -, l'ampleur des dommages est pratiquement incalculable. Le problème n'est donc pas encore résolu et il n'est pas exclu

qu'il y ait encore des conséquences à la suite de cet accident. Alors, il faut bien voir qu'on tombe de Charybde en Scylla. On ne sait pas exactement quelle solution doit être recherchée, puisque toutes celles qui nous sont soumises actuellement, comme vous l'avez dit, Monsieur le Conseiller fédéral -je par- tage totalement votre opinion -, présentent des inconvé- nients. Ce n'est pas seulement une question d'acceptation ou de consensus, c'est une question de danger. Le manque de consensus est le produit du danger qui est actuellement tou- jours immanent. M. Carlo Rubbia dont a parlé M. Petitpierre me disait lui-même: «Il faut essayer de tout faire pour sortir de cette technologie qui est toxique, dangereuse et empoi- sonnante. » C'est la raison pour laquelle il avait proposé la so- lution du thorium qui ne produit pas des déchets toxiques avec des durées de vie de centaines de milliers d'années. Je pense que vous devez, Monsieur le Conseiller fédéral, rester dans cette ligne de prudence, d'équilibre, et essayer d'évaluer et d'exploiter toutes les possibilités qui se présen- tent - mais de façon dynamique comme vous savez le faire - pour trouver des solutions de production d'énergie qui ne soient pas le produit de la technologie actuelle qui, elle, a été pratiquement abandonnée. Il faut savoir que la construction de centrales nucléaires dans le monde est presque tombée à zéro. Le problème que tout le monde se pose est celui de savoir ce qu'on fera au moment où il faudra les remplacer. C'est un grand problème pour nous, mais aussi pour le reste du monde. En tout cas, pour le moment et pour les prochaines décen- nies, je ne pense pas que le problème devienne aigu, surtout s'il y a une abolition des monopoles qui devrait - selon ce que j'ai pu lire dans le rapport Cattin que je n'ai pas encore reçu - augmenter les disponibilités d'énergie pour les pro- chaines années au moins. Cela dit, je voudrais souligner ici que l'on ne peut pas com- mencer, Monsieur Rhyner, dans la foulée d'une terreur pour une destinée sans énergie du pays-je me déclare tout à fait officiellement contre cet avis -, à jeter à la mer tout ce qu'on a fait pour protéger ce pays. Pour finir, si on veut de l'énergie pour continuer à faire marcher l'économie de ce pays, il faut bien que la marche de l'économie ait un sens commun. Ça n'a aucun sens de défendre un pays complètement détruit. Ogi Adolf, Bundesrat: Ich bedaure, dass wir nicht eine aus- führliche Diskussion zu dieser wichtigen Frage der Energie- versorgung, der Energiepolitik führen können. Wir haben im Rahmen des Aktionsprogrammes «Energie 2000» versucht, diese Energiepolitik etwas zu versachlichen. Wir haben ver- sucht, im Rahmen der Konfliktlösungsgruppen Lösungen zu diesen Problemen zu erarbeiten. Wenn ich eine Halbzeitbi- lanz ziehen müsste, könnte ich sagen: Wir haben in gewis- sen Bereichen Lösungen erreichen können. In anderen Be- reichen - das hat auch diese Diskussion gezeigt - ist nach wie vor die alte Energiekontroverse sichtbar, namentlich im Bereich der Kernenergie. Ich möchte in aller Kürze auf einige Voten eintreten. Herr Hu- ber, es ist richtig, dass wir noch keine Prioritäten gesetzt ha- ben. Das ist auch gewollt. Wir wollten zunächst die Halbzeitbi- lanz abwarten. Wir wollten sehen, was die Alternativenergien bringen. Wir wollten sehen, wie wir mit all diesen Problemen vorankommen, die ich jetzt nicht aufliste. Es ist klar, dass die Halbzeitbilanz dann zu Massnahmen und Entscheiden führen muss. Ich kann sagen, dass es die Absicht des Bundesrates ist, 1996/97 die entsprechenden Entscheide zu treffen. Wenn ich Ihre Vorstellung der 16 oder 18 Jahre nehme, sind wir schon zu spät, aber auf der anderen Seite sind auch die Entwicklung in Europa - ich denke an die Liberalisierung -, die Entwicklung in der Kernenergietechnologie, die Entwick- lung in bezug auf die Raumplanung, die Entwicklung in be- zug auf die Bewilligungsverfahren irgendwie in einer Ent- scheidungsphase. Diese Resultate sind für uns in bezug auf das weitere Vorgehen ausserordentlich wichtig. Ich habe aus Ihren Ausführungen zur Kenntnis genommen, dass

Sie unsere Einschätzung an und für sich stützen, mit ihr einverstanden sind, und ich kann mich dem meisten anschliessen. An die Adresse von Herrn Bühler Robert darf ich noch sagen: Nicht nur der Bundesrat ist zuständig für die Erneuerung der Energiepolitik und der Kernenergie. Dafür muss natürlich auch die politische Basis geschaffen werden. Wir haben das Moratorium im Energiebereich; dieses Moratorium wurde vom Volk akzeptiert. Es verbleiben uns noch fünf Jahre, und dann müssen wir weitersehen. Dass wir vorher die entscheidenden Entscheidungen treffen müssen, ist klar. Aber aufgrund von dem, was ich gesagt habe, müssen wir die Klärung gewisser Fragen abwarten. Dafür ist in bezug auf die Frage «Wie weiter nach dem Jahre 2000?» nicht nur der Bundesrat gefordert, sondern auch das Parlament und die Wirtschaft. In bezug auf die Ausführungen von Herrn Rhyner möchte ich lediglich beifügen: Offener Markt muss nicht unbedingt heissen, dass das zu einer schlechteren Versorgung führen muss. Damit es nicht zu einer schlechteren Versorgung führt, müssen aber sicher die entsprechenden Rahmenbedingungen festgelegt werden. Unsere Vorschläge werden den von Herrn Rhyner angesprochenen Zielkonflikt zu beachten haben. Wir müssen diesbezüglich die internationale Entwicklung beurteilen und im Auge behalten. Zu den Wasserkraftprojekten: Auch hier gilt, dass die Verfahren gestrafft und die politische Akzeptanz verbessert werden müssen. Herr Brandii hat auf die Probleme mit dem Projekt im Bündnerland hingewiesen, auf das ich jetzt nicht näher eingehen möchte. Die Regierung hat dort heute morgen den Entscheid getroffen; Sie haben gehört, wie es weitergehen soll. Es ist vielfach so, dass nicht wir und nicht Sie entscheiden, sondern die Gerichte. Herr Petitpierre brachte zum Ausdruck, dass ich mich in bezug auf die Ideen, die der Nobelpreisträger Herr Prof. Rubbia entwickelt hat, gut vorbereiten sollte. Ich möchte von seinem Angebot Gebrauch machen und heute nicht voreilig etwas sagen. Ich habe mit Herrn Prof. Rubbia auch gesprochen und werde demnächst noch einmal mit ihm sprechen. Wir sind für alle Vorschläge offen. Man darf uns dann aber nicht Vorwürfe machen, wenn neue Reaktorkonzepte erforscht werden. Sie wissen, wie diese Forschungsbeiträge gerade im Zusammenhang mit dem Budget sehr kritisch unter die Lupe genommen und auch immer wieder kritisiert werden. Sie müssen uns dann auch helfen, dafür zu sorgen, dass Mittel eingesetzt werden können. Ich habe grosses Vertrauen in Herrn Prof. Rubbia und befürworte deshalb, dass Mittel dafür auch verwendet werden dürfen. Sie haben noch gesagt, man könne nicht alles der Stromerzeugung opfern. Da muss ich Ihnen recht geben. In bezug auf die Ausführungen von Herrn Brandii: Es herrscht heute in diesem Land ein Klima - ich muss es sagen, auch Herr Rhyner hat es gesagt -, wo Sie nichts mehr Grosses tun können. Das führt dazu, dass wir uns in einer Lethargie befinden. Diese Lethargie weitet sich zu einer Angst aus, und es ist niemand mehr bereit, etwas zu wagen. Die Auswirkungen der Verfahren, die Sie und wir beschlossen haben, sind nun da. Ich habe im Zusammenhang mit «Bahn 2000» erklärt, welche Verfahren beispielsweise seit 1988 im Umweltbereich beschlossen wurden. Wir können das nicht von heute auf morgen ändern. Denken Sie aber daran, wenn Sie weitere Gesetze schaffen! Die Wasserkraft - Herr Brandii hat es gesagt - ist in diesem Lande entscheidend. Nahezu 60 Prozent unserer Energie werden aus Wasserkraft gewonnen. Im Programm «Energie 2000» wird eine Erhöhung von 5 Prozent angestrebt, bei der Kernenergie 10 Prozent. Ich kann Ihnen nicht garantieren, dass wir diese 5 Prozent bei der Wasserkraft erreichen werden. Wir sind jetzt bei etwa 2 Prozent angelangt. Sie müssen sehen, dass die Verfahren, die Abläufe, die Bewilligungen Zeit brauchen; sie brauchen Kraft, sie brauchen und binden Mittel. Das wird alles ausserordentlich schwierig. Deshalb sagen sich heute viele, die vor einigen Jahren noch unternehmerisch dachten: Ich bin nicht mehr bereit, diesen Hürdenlauf anzutreten.

6. Juni 1995 S 463 Interpellation Cavadini Jean Zu den Ausführungen von Herrn Frick: Akzente setzen, Alternativenenergien fördern, das ist gut. Aber darf ich Ihnen einmal sagen, dass wir für das Aktionsprogramm «Energie 2000» seinerzeit etwa 150 Millionen Franken vorgesehen hatten! Sie wissen, wieviel wir jetzt haben: etwa 50 Millionen Franken. Wir können nicht mehr alles tun; wir können Impulse geben, wir können Incentives geben, wir können vielleicht etwas lancieren. Aber Sie haben ja im Zusammenhang mit dem Budget gehört, was die Finanzkommission des Nationalrates in dieser Hinsicht zum Bundesamt für Energiewirtschaft ausgesagt hat: Sie fand, wir würden dort das Geld zum Fenster hinauswerfen. Das ist einfach nicht wahr; aber Tatsache ist, dass wir uns sehr viele Schwierigkeiten einhandeln, wenn wir die Mittel haben bzw. bereitstellen sollten. Wir können mit diesen kleinen Beträgen einfach nicht alles tun! Wenn Sie, wie Sie gesagt haben, in diesem Saal einen Akzent setzen wollen, so darf ich Ihnen versichern: Wir werden im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten weitermachen. Solar- und Holzenergie sind Bereiche, wo Erfolge zu erwarten sind. Sie haben recht, wenn Sie sagen, kurzfristig dürfe man diese Möglichkeiten nicht überschätzen. Langfristig sind sie interessant, aber bei der heutigen Situation müssen wir gegenüber Ihnen, gegenüber den GPK, gegenüber den Finanzkommissionen möglichst rasch Resultate vorweisen. Wenn wir keine Resultate vorweisen, dann heisst es eben, wir würden das Geld zum Fenster hinauswerfen. In bezug auf die Ausführungen von Herrn Salvioni: Ich habe grosse Achtung vor dem, was Sie gesagt haben. Die Kernenergie ist etwas, was mich sehr beschäftigt. Den Wind können wir spüren, das Wasser können wir sehen, aber die Radioaktivität spüren wir nicht. Wenn im Osten etwas passiert - das ist meine grösste Sorge -, dann ist die Kernenergie am Ende, das müssen wir wissen. Wir versuchen deshalb im Rahmen unserer geringen Möglichkeiten, diese Gefahren zu bannen. In der Stille haben wir gearbeitet; im Rahmen des Aktionsprogramms «Energie 2000» haben wir jetzt fünf Jahre gesucht, Lösungen zum Teil gefunden, zum Teil nicht gefunden. Ich weiss: Was ich Ihnen hier gesagt habe, ist nicht attraktiv. Aber es ist der politisch realistische Weg, und ich hoffe nun, dass Sie mithelfen, einen Konsens zu finden. Nach fünf Jahren Arbeit haben wir in gewissen Bereichen einen Konsens gefunden, in anderen überhaupt nicht. Das ist zum Teil natürlich sehr enttäuschend, auf der anderen Seite ist das die politische Realität. Versuchen wir doch, aus dieser Situation herauszukommen. Ich bin auch der Meinung, wie Herr Petitpierre, dass es sich lohnen würde, in die Forschung, in die neue Technologie zu investieren. Ich bin der Meinung, dass dieses Land die Kraft und auch die Mittel hätte, um hier weltweit wiederum an die Spitze zu kommen. Es ist heute so, dass wir international leider nicht mehr die Bedeutung haben - jetzt geht das Licht aus, ich sollte deshalb schweigen -, (Heiterkeit) die uns zukommen müsste. In dieser Hinsicht wäre es diese Anstrengung wert, aber mit den vorhandenen Möglichkeiten und angesichts der Tatsache, dass heute alles, aber auch alles nur noch finanziell beurteilt wird, ist das leider nicht möglich. Ich möchte Sie aufrufen, mitzuhelfen, diesen Weg zu gehen, ich möchte Sie aufrufen, mitzuhelfen, im Interesse dieses Landes den Konsens zu finden. Helfen Sie mit, dass die Energie wiederum ein Politikum wird, über das man spricht und das man nicht einfach auf die Seite schiebt!

Präsident: Dürfen wir diesen Aufruf des Bundesrates zum Energiesparen und zur Energieentwicklung dazu benützen, um für heute die Energiedebatte im Rahmen der Interpellation Cavadini Jean abzuschliessen? - Das scheint der Fall zu sein. Schluss der Sitzung um 21.30 Uhr La séance est levée à 21 h 30

digitali Interpellation Cavadini Jean Künftige Elektrizitätsversorgung der Schweiz  
Interpellation Cavadini Approvisionnement futur en électricité de la Suisse In Amtliches  
Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In  
Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1995 Année Anno Band III Volume  
Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat  
Ständerat Conseil Conseil des Etats Consiglio Consiglio degli Stati Sitzung 01 Séance  
Seduta Geschäftsnummer 94.3427 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 06.06.1995  
- 18:15 Date Data Seite 454-463 Page Pagina Ref. No 20 025 951 Dieses Dokument wurde  
digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce  
document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo  
documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte  
Originaltext. Quellen-URL siehe oben.